



Bürgerinitiative gegen Fluglärm Raunheim (BIFR)

Mitglied im Bündnis der Bürgerinitiativen (BBI)
"Kein Flughafen ausbau - Für ein Nachtflugverbot von 22 - 6 Uhr"
und im Netzwerk "Stay Grounded"



25.04.2025

UFP-Projekt SOURCE FFR:

Das Umwelthaus im "Trump-Fieber" ?

Als wir vor drei Wochen erfuhren, dass sich auf die Ausschreibung der (Rest-)Wirkungsstudie von SOURCE FFR niemand beworben hatte, haben wir natürlich erstmal nachgesehen, woran das [inhaltlich liegen könnte](#). Inzwischen konnten wir auch den Rest der Ausschreibungs-Unterlagen durchsehen und müssen feststellen: es gab und gibt noch mehr gute Gründe dafür, von diesem Projekt die Finger zu lassen.



Da passt es gut, dass das nächste **Austauschtreffen** zwischen "Umwelt- und Nachbarschafts-Haus/ Forum Flughafen und Region" und den Bürgerinitiativen inzwischen terminiert ist auf den 16.05., von 18:00 - 19:30 Uhr, in den Räumen des UNH in Kelsterbach. Denn dazu wurde uns versichert: *"Selbstverständlich werden wir Sie im Rahmen der Veranstaltung auch über den aktuellen Stand der Wirkungsstudie von SOURCE FFR informieren. Vorab möchten wir Sie bereits darauf hinweisen, dass die Ausschreibung zur Durchführung der UFP-Wirkungsstudie – Modul I: Sekundärdatenstudie – veröffentlicht wurde. Alle relevanten Informationen sowie die Ausschreibungsunterlagen finden Sie unter folgendem Link:*

<https://www.dtv.de/Satellite/public/company/project/CXP4YNA5FNS/de/overview?0>.

Die Ausschreibung zur Durchführung einer Wirkungsstudie – Modul II Panelstudie – wird in Kürze folgen. Im Rahmen unseres Treffens werden wir auf die Hintergründe der nun getrennten Ausschreibungen eingehen ..."

Es gibt allerdings noch wesentlich mehr **Erklärungsbedarf** zu dieser und der vorhergehenden Ausschreibung, denn betrachtet man z.B. als weiteres wesentliches Dokument den [Vertrag](#), den der Auftragnehmer hätte unterschreiben sollen, stellt man fest: dieser Text enthält nicht nur Konstrukte, die kaum als Sätze in deutscher Sprache zu erkennen sind, sondern viel schlimmer noch auch Sätze, deren Inhalt kaum in irgendeinen positiven Bezug zu deutschem Recht zu bringen ist.

Insbesondere die Paragraphen 8ff enthalten Formulierungen, die eindeutig als **Bedrohungen für die Wissenschaftsfreiheit und die Freiheit der Forschung** gelesen werden müssen. Das UNH beansprucht nicht nur alle Rechte an den erarbeiteten Ergebnissen ausschliesslich für sich und räumt den Auftragnehmern Veröffentlichungs- und Nutzungsrechte nur unter Bedingungen ein, es beansprucht auch noch das Recht, diese Ergebnisse eigenständig zu verändern und in manipulierter und zensierter Form, oder auch garnicht zu veröffentlichen. Dazu kommen unzumutbare Bedingungen bezüglich Haftung und Versicherung, Vertragsstrafen etc. und Absurditäten wie *"Zu den einzuräumenden Rechten gehören insbesondere ... das Online-Recht"*. Ein einräumbares oder übertragbares "Online-Recht" gibt

es nicht, das ist vielmehr ein [Sammelbegriff](#) für alle möglichen Rechte und Rechts-Bereiche, die im Zusammenhang mit Aktivitäten im Internet relevant sind.

In der [Vertragsversion](#) der aktuellen Ausschreibung sind zwar die größten grammatischen Schnitzer beseitigt (wenn auch längst nicht alle), aber an den inhaltlichen Zumutungen hat sich fast nichts verändert. Nach wie vor möchte das UNH als Auftraggeber die Veröffentlichung der Ergebnisse so eng wie möglich kontrollieren und die Publikationsfreiheit der Auftragnehmer einschränken.

Man kommt nicht umhin, sich an die [aktuelle Kampagne](#) der Trump-Clique in den USA zu erinnern, die versucht, den US-Universitäten ihr reaktionäres Weltbild aufzuzwingen und sie in Forschung und Lehre zu gängeln. Natürlich sind das ganz andere Dimensionen, aber das Agieren der Mini-Donalds hier zeigt, wie weit **autoritäre Tendenzen** und die Mißachtung von Freiheitsrechten und demokratischen Prinzipien **auch in hiesigen Institutionen** schon fortgeschritten sind.

Ermutigend ist, dass sich bisher keine wissenschaftliche Einrichtung von Rang derartige Bedingungen hat aufzwingen lassen. UNH/FFR, Landesregierung und Luftverkehrswirtschaft haben ohnehin schon die Möglichkeit ausgiebig genutzt, durch finanzielle Restriktionen unliebsame Forschung zu behindern und einzuschränken. Sie dürfen nicht auch noch trotz dem erzielte Forschungsergebnisse unter ihre Kontrolle bekommen, um sie zu unterdrücken oder in ihrem Sinne umzuinterpretieren. Es ist aber keine einfache Frage, was passieren müsste, um das sicher zu verhindern.

Es war einmal auch in Hessen eine Zeit, in der so etwas wie politischer Anstand noch weiter verbreitet war und alle versicherten, die allgemein anerkannten Rechte und Spielregeln zu beachten. Wurde eine Institution dabei erwischt, dass sie das nicht tat, musste in aller Regel eine Person aus der oberen Leitungsebene Verantwortung übernehmen und zurücktreten. Das war zwar häufig auch nur ein Bauernopfer, aber immerhin war nach innen und aussen ein Zeichen gesetzt und eingestanden, dass da was falsch war, und die Hinterbliebenen mussten versichern, dass sie sich künftig an die Regeln halten würden.

Das wird hier und heute natürlich nicht passieren. Im äussersten Fall wird ein Textverarbeitungsprogramm ausgetauscht oder eine automatische Rechtschreibprüfung upgedatet. Und wirklich helfen würde ein Wechsel von Personen wahrscheinlich ohnehin nicht, wie sich in der Vergangenheit an den Spitzen des Verkehrsministeriums, der Fluglärmkommission oder des Umwelthauses gezeigt hat: es kam nie was Besseres nach.

Helfen würde hier in erster Linie, wenn alle diejenigen, die die geplanten Forschungen umsetzen könnten, dem Beispiel der Harvard-University folgen und **ihre Rechte gegen autoritäre Zumutungen verteidigen**, und niemand dem Beispiel der Columbia-University folgt, die vor den Trumpisten in die Knie gegangen ist und deren Vorgaben folgt.

Widerstand funktioniert aber hier wie dort nur, wenn die, die ihn leisten, dabei nicht alleine gelassen werden, sondern die sichtbare Unterstützung derjenigen erhalten, die letztendlich auch davon profitieren, wenn Forschung sich halbwegs frei von Partikularinteressen entwickeln kann. Hier also von all denen, die unter der Belastung von Ultrafeinstaub aus Flugzeug-Triebwerken bewusst oder unbewusst leiden und für die Wege gefunden werden müssen, diese Belastung genauer zu verstehen und zu bekämpfen.

Nächster zeitlicher Fixpunkt in der Entwicklung ist das Treffen am 16. Mai. Natürlich werden dort keine grundlegenden Fragen geklärt, denn die anderthalb Stunden würden bei ernsthafter Diskussion nicht einmal für eins der beiden anstehenden Themen reichen, aber so war es ja [von Anfang an nicht gemeint](#).

Im besten Fall gibt es ein paar Informationen zum weiteren Umgang mit den kritischen Punkten in der Belastungsstudie, und zur Wirkungsstudie werden UNH/FFR wohl eine Erklärung dafür präsentieren, warum die beiden übriggebliebenen Module nun auch noch getrennt ausgeschrieben werden. Mehr an Klärung kann bestenfalls anschliessend erreicht werden, wenn eine interessierte Öffentlichkeit und kritische Medien Aufklärung über die autoritären Eskapaden der Mächtigen-Trumpisten im UNH fordern würden. Ob das zu erreichen sein wird, muss sich zeigen.

Quelle: www.bi-fluglaerm-raunheim.de, Aktuelles

Kontakt und v.i.S.d.P.:

Bürgerinitiative gegen Fluglärm Raunheim

Dr. Horst Bröhl-Kerner, Sprecher

Bahnhofstr. 47, 65479 Raunheim

Tel. +49 6142 22577

Mail hbk@bifr.de

Web www.bi-fluglaerm-raunheim.de